

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 3

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Wie liberal ist der Westen?

Kürzlich war der Ministerpräsident von Tschechien, *Vaclav Klaus*, in der Schweiz. Klaus gehört zu jenen «Turn-around-Politikern» in den ehemals sozialistischen Ländern, die wissen, von was sie sprechen, wenn sie als Ziel ihrer Politik die Etablierung einer *Marktwirtschaft* ohne «wenn» und «aber» verkünden. Klaus beherrscht die «bürgerliche Ökonomie» aus dem «ff». Die Funktionsbedingungen und -abläufe einer «kapitalistischen» Wirtschaftsordnung sind ihm geläufig. Und in den Werten, von denen sie getragen wird, kennt er sich bestens aus. Deshalb hat er auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass die Transformation der alten Kommandoökonomie in eine auf Dezentralisation, dominant individuelle Entscheidungszuständigkeiten und privatrechtlicher Eigentumsformen abgestützten Wirtschaftsordnung steil und steinig ist. Klaus ist für Tschechien ein eigentlicher Glücksfall.

Die Reformpolitik von Klaus zeichnet sich denn auch, soweit es die Politik zulässt, durch Zielstrebigkeit, Konsequenz und Beharrlichkeit aus. Aber auch er konnte natürlich nicht vermeiden, dass es in seinem Land – zufolge der gewaltigen Restrukturierungs- und Sanierungsprozesse – *zuerst schlechter gehen muss*, bevor es besser werden kann. Klaus gehört zu jener Spezies von Politikern, die in der Öffentlichkeit präsent sind, die ihre Politik *coram publico* erklären und begründen, die mit Hilfe der Möglichkeiten moderner Medien den Kontakt zum Volk suchen. Und er hat mit dieser Vorgehensweise beachtlichen

Erfolg. Der «Verständniskoeffizient» für das, was in seinem Lande vorgeht, ist entsprechend hoch. Die ersten Zeichen, die auf eine Trendwende hindeuten, die Hoffnung aufkeimen lassen, sind zu erkennen. Bis zum ersehnten Ziel allerdings, nämlich einer deutlich expansiven Wirtschaft, die den Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten spürbar zu verbessern vermag, sind indessen noch erhebliche Anstrengungen notwendig, die, wie das in der Ökonomie zumeist der Fall ist, Zeit brauchen, bis sie sich in für jedermann sichtbaren Ergebnissen ausdrücken.

Der *Zeitfaktor* spielt in allen Reformkonzepten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Menschen, die das zweifelhafte Vergnügen hatten, während Jahrzehnten im «Paradies der Werktätigen» ausharren zu müssen und die sich nun «plötzlich» in einer Situation befinden, die Aufbruch und individuelle Entwicklungschancen verspricht, wird man Ungeduld kaum zum Vorwurf machen wollen. Mit schlechten Nachrichten von der Wirtschaftsfront ist das politische Geschäft, Vertrauen in die Zukunft aufzubauen, jedoch nicht ganz einfach. Aus diesem Grunde ist es für die Reformer von geradezu schicksalhafter Bedeutung, dass sie eine wirtschaftliche Gangart einzuschlagen vermögen, bei der der *Dynamisierungseffekt* forciert wird. Es ist bekannt, dass zu einer solchen Politik in erster Linie ein liberaler, ein *freier Aussenhandel* gehört. Dies aber ist keine Angelegenheit eines einzelnen Landes. Wer den Aussenhandel als Wachstumsmotor anwerfen will, muss seine

Grenzen und Märkte öffnen. Und er muss dies in der Annahme tun, dass die potentiellen Aussenhandelspartner gleichziehen. Aber eben daran fehlt es im Westen. Er verhält sich ausserordentlich *zurückhaltend*, wenn es darum geht, die Märkte für die ehemals sozialistischen Länder zu öffnen, obwohl dies die beste, weil wirkungsvollste Entwicklungshilfe wäre. Stattdessen legen westliche Wirtschaftspolitiker die Stirn in Falten und versinken in grüblerisches Nachdenken, wenn sie über Hilfsprogrammen für den Osten brüten. Den naheliegenden und entscheidenden Schritt aber, die eigenen liberalen Prin-

zipien auch gegenüber Mittel- und Ost-europa anzuwenden, wagen sie nicht, oder nur sehr zögerlich, zu tun. Auf diesen *wunden Punkt* in den Beziehungen zwischen Ost und West hat Klaus in einem öffentlichen Auftritt in Zürich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hingewiesen. Ein Liberaler aus Tschechien hat den Westen, damit auch die Schweiz, an die Segnungen einer liberalen Aussenhandelspolitik erinnert – ein für jene «kapitalistischen» Wirtschaftspolitiker, die die These von der Überlegenheit der Marktwirtschaft stets wie eine Monstranz vor sich hertragen, leicht peinlicher Vorgang.

Willy Linder

Unsichere Sicherheit

Das Schweizer Volk ist aufgerufen, über die *Beschaffung von Kampfflugzeugen und den Neubau eines bestehenden Waffenplatzes* für die Armee zu entscheiden. Beide angefochtenen Geschäfte sind vom zuständigen Parlament nach genauer Überprüfung gutgeheissen worden. Da zu Kreditbeschlüssen aus guten Gründen kein Referendum anbegeht werden kann, wurden flugs Volksinitiativen lanciert, um die beiden Projekte zu Fall zu bringen. Und da in die Verfassung nicht negative Einzelentscheide aufgenommen werden können, sollen die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Waffenplätze generell untersagt werden und wird für die Beschaffung von Kampfflugzeugen ein Moratorium bis 1999 vorgesehen. *Der Zweck heiligt die Mittel.* Es ist nicht auszuschliessen, dass sich die Meinungsbildung auf die unmittelbaren Anlässe konzentriert und die nachwirkenden

Konsequenzen ausser Acht lässt. Die Initianten werden es zu verbergen wissen, dass sie eben dies im Grunde beabsichtigen.

Nachdem der Frontalangriff gegen die Armee gescheitert ist, dürfte die *Taktik der gezielten Obstruktion* bei exponierten Erneuerungsvorhaben hier wohl nicht zum letztenmal angewendet werden. Manche Bürgerin und mancher Bürger mögen sich fragen, ob diese oder jene Massnahme, die ihnen unversehens ausserhalb der normalen Kompetenzordnung zum Entscheid vorgelegt wird, gerade hier und jetzt und zu diesem Preis unbedingt nötig sei. Die Gefährdung, die sie momentan am stärksten empfinden, ist nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Natur, also könnte einem zusätzlichen Sparbefehl ans *Eidgenössische Militärdepartement* vielleicht eher zugestimmt werden. Und bei Beträgen in Milliardenhöhe, die das

Vorstellungsvermögen ohnehin strapazieren, verliert man mangels Vergleichen leicht die Übersicht. Dass etwa die Verwertung der Milchüberschüsse wesentlich mehr kostet als die Beschaffung der Flugzeuge, wird kaum wahrgenommen.

Auch in bürgerlichen Kreisen sind Skepsis und Vorurteile gerade gegenüber der Flugzeugvorlage verbreitet. Die Erhaltung von militärischen Musikkorps und kantonalen Prärogativen scheint gelegentlich mit grösserer Inbrunst verfochten zu werden als die Fähigkeit zur Luftraumüberwachung. Die *sicherheitspolitische Diskussion* in Parlament und Öffentlichkeit bewegt sich seit langem auf einem bescheidenen Niveau. Mit der *Armee 95* liegt nun immerhin ein Projekt vor, das unter Rücksichtnahme auf etliche wehrpolitische Vorgaben und Rahmenbedingungen einen mutigen Schritt in der Richtung einer kleineren, moderneren, reaktionsfähigeren und flexibler einsetzbaren Armee vorsieht. Dass dabei die Qualität, nicht die Quantität einiger zentraler Waffen- und Führungssysteme und eine zwar kürzere, aber professionelle Ausbildung auf modernsten Anlagen wichtiger sind als die Erörterung von Finessen einer Kampfdoktrin mit Oldtimern auf Feld-, Wald- und Wiesenübungsplätzen, zeigt ein Blick auf die Entwicklungen in unseren Nachbarländern. Die *Armee 95* drohte zu einer *unglaubwürdigen Sparübung* zu verkommen, wenn gezielte Schwerpunktinvestitionen wie die Beschaffung einiger international ebenbürtiger Flugzeuge oder der Ausbau der Ausbildungsinfrastruktur so leicht zu verhindern wären.

Letztlich röhrt die Verunsicherung, die sich in der Ungewissheit dieser Plebiszite offenbart, von der inzwischen stark gedämpften Euphorie her, die

Westeuropa nach dem Fall der Mauer erfasst hat. Die stets latente Bedrohung aus dem Osten schien sich mit einem Schlag verflüchtigt zu haben, die nach wie vor bestehenden gigantischen militärischen Potentiale waren und sind nicht mehr kurzfristig einsetzbar, und die Innenarchitekten des europäischen Hauses versprachen den raschen Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Statt Fortschritte hat man nun aber während dreier Jahre *fast nur Rückschritte* erlebt. Die Aussicht, direkt in gewaltsame Konflikte einbezogen zu werden, ist zwar noch gering, aber die längerfristigen Perspektiven der Destabilisierung auf dem Balkan und in Eurasien dürften optimistische westliche Abrüstungsprogramme zunehmend in Frage stellen. Mit der obligaten Verspätung werden auch in der Schweiz allzu idealistische Illusionen zerplatzen und der Erkenntnis Raum schaffen, dass Sicherheitspolitik doch nicht nur mit Naturkatastrophen, ökologischen Schäden und Überfremdungsängsten, sondern weiterhin auch mit machtpolitischen Auseinandersetzungen und Gewaltdrohungen zu tun hat. Und dass die Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität *nur um den Preis einer eigenen Armee* zu haben ist, die nach aussen und innen Glaubwürdigkeit geniesst.

Die Armee allein gewährleistet einem Kleinstaat noch keine umfassende Sicherheit. Aber auch die soziale Sicherheit, die auf dem Wohlstand aufbaut, kann rasch und empfindlich gefährdet werden. Dass scheinbar wohlerworbene Sicherheiten unsicher geworden sind, ist für viele zur schmerzlichen Erkenntnis geworden. Zu hoffen bleibt, dass es uns mit der vermeintlichen *äußeren Sicherheit* nicht ebenso ergeht. Den Luxus, unser sicherheitspolitisches

Instrument als willkommene Manövriermasse bei finanziellen Engpässen zu behandeln und den Nadelstichen von ideologisch verblendeten Armeegegnern gleichmütig zu begegnen, können wir uns nicht mehr leisten. Es geht deshalb am 6. Juni um mehr als nur um Scherbengerichte über zwei wenig po-

puläre Vorhaben des *Eidgenössischen Militärdepartements*. Es geht darum, die *Erosion der schweizerischen Sicherheitspolitik* – und überdies auch der direkten Demokratie – durch inhaltlich hinterhältige und formal missbräuchliche Volksinitiativen zu stoppen.

Ulrich Pfister

Sag mir, wo die Samariter sind

Kriegsbilder aus dem ehemaligen Jugoslawien sind ein fester Bestandteil der «täglichen Brutalität», mit welcher uns das Fernsehen regelmäßig versorgt. Unsere Reaktion auf das schwer Verständliche und kaum Begreifliche ist eine Mischung von Empörung und Abscheu, von schlechtem Gewissen und Hilflosigkeit gegenüber der Tatsache, dass wir an den buchstäblich im Stassengraben liegenden Opfern vorbeieilen. Gelegentliche Spenden für Hilfswerke und die Bereitschaft, eine zusätzliche Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, vermögen das Gefühl der Ohnmacht kaum zu entkräften. Bleibt uns denn wirklich nichts anderes übrig, als «angesichts dieser Unsumme von internationalem Leid» mit «schweigender Ergriffenheit» den Hut abzunehmen, wie dies *Carl Spitteler* nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs als «Schweizer Standpunkt» empfohlen hat? (Allerdings hat Spitteler selber nicht geschwiegen, sondern bei der Frage nach der Schuld gegen die Deutschen Stellung bezogen und damit in Deutschland seinen Ruf als Dichter aufs Spiel gesetzt.)

Die Fragen nach dem Täter und nach dem Opfer stellen sich auch im Konflikt zwischen Serben, Kroaten und Musli-

men in Bosnien-Herzegowina. Die Vorstellung, dass sich dort jahrzehnte- und jahrhundertelang aufgestaute Aggressionen in einem Gewaltrausch nach dem Motto «alle gegen alle» entladen und Täter und Opfer hoffnungslos und rettungslos ineinander verkrallt seien, erleichtert zwar das Gewissen der Zuschauer in Europa und in der ganzen Welt, sie ist aber nicht nur grob vereinfachend, sondern objektiv unzutreffend. Unter den informierten Beobachtern und Berichterstattern besteht kein Zweifel, dass gegenwärtig in erster Linie die muslimische Bevölkerung das Opfer der serbischen Aggressions-, Expansions- und «Säuberungspolitik» ist. Noch selten sei in einer gewaltsauslösenden Auseinandersetzung die Täter- und Opferrolle generell so klar unterscheidbar gewesen, versichern uns glaubwürdige Zeugen des grausamen Geschehens. Wenn trotzdem – auch in der Schweiz – die Meinung vertreten wird, der Konflikt sei von allen Beteiligten letztlich selbst verschuldet und es bleibe keine andere Möglichkeit als ihn «von innen ausbrennen zu lassen», erfüllt diese Auffassung eine moralische Alibifunktion, welche die beschämende Tatsache des Zu- und Wegschauens rechtfertigen soll.

Einmal mehr in diesem Jahrhundert vernichtet, vertreibt und vergewaltigt eine nominell christliche Nation eine nichtchristliche Minderheit, und das christliche Abendland schaut zu und findet für seine Passivität mehr oder weniger stichhaltige Gründe und Ausreden.

Doch nicht genug damit: Wir wissen um die gegenwärtigen Opfer, aber auch die potentiellen Opfer sind bekannt: die überwiegend muslimische Bevölkerung in Kosovo. Ihre Vertreibung (wohin?) und Vernichtung ist mit Terrorakten und vorbereiteten Waffenstellungen bereits in die Wege geleitet. Was ist der wahre Grund für die diesbezügliche Passivität? Spielen da noch uralte «Türken-Ängste» und «Kreuzungs-Mentalitäten» eine Rolle, Atavismen wie seinerzeit der «Judenhass», oder teilen wir insgeheim die serbische Vorstellung einer späten Revanche für die 1389 auf dem Amsel-feld (Kosovo Polje) gegen die Türken verlorene Entscheidungsschlacht? Wahrscheinlich müssen wir all dies in Rechnung stellen. Nur *eines* werden wir vor dem «Gericht der Nachwelt» nicht vorbringen können: wir hätten es nicht gewusst.

Islam- und Balkankenner wie *Khalid Durán* haben sich dazu – auch in den «Schweizer Monatsheften» – immer wieder geäussert, besonders eindrücklich auch in einem Referat, das er kürzlich am «Liberalen Institut» in Zürich gehalten hat. Der Schreibende hat sich unter dem Eindruck dieser Information vorgenommen, wenigstens mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln des Wortes und der Publizität bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die tatsächlichen Gewaltverhältnisse hinzuweisen.

In einer Unterrichtsstunde, die ich im Fach «Politische Bildung» an einer Krankenschwesternschule halten durfte, benutzte ich einmal mehr die Gele-

genheit zu einer historisch ausholenden Darstellung des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien. Unvermittelt kam es dabei zu folgendem Dialog. (Es war eine jener pädagogischen Sternstunden, in denen der Lehrer zum Schüler wird.)

«War Ihnen dies alles schon bekannt?» (Routinefrage). – «Nein, ich war der Auffassung, es gingen einfach alle aufeinander los.» Und weiter – mit allgemeiner Zustimmung quittiert: «Ich sah im ganzen Konflikt in erster Linie eine undurchschaubare und für uns Frauen unbegreifliche Manifestation entfesselter männlicher Aggressivität.» Schliesslich meldete sich zögernd eine Stimme mit fremdländischem Akzent: «Ich stamme aus Kosovo. Die historischen Zusammenhänge kannte ich nicht, sie wurden mir heute erstmals erklärt. Alles was Sie über die Opferrolle der Muslime sagen, kann ich nur bestätigen. Die Bedrohungen in Kosovo sind noch viel schlimmer, als Sie es geschildert haben. Täglich gibt es dort Terrororde und Festnahmen zur Einschüchterung der Bevölkerung. Die serbischen Waffen sind einsatzbereit und die Zivilbevölkerung ist wehrlos.» – «Haben Sie keinerlei Hoffnung auf eine Entspannung und Befriedung?» – «Die einzige Hoffnung in Kosovo beruht auf einer Hilfe aus den USA oder Europa.» – «Glauben Sie daran, dass es zu dieser Hilfe kommen wird?» – «In meiner Heimat hat das Volk diese Hoffnung noch nicht aufgegeben, speziell was die USA betrifft. Persönlich glaube ich aber nicht daran.» – «Und Hilfe aus der Türkei oder von andern islamischen Ländern?» – «Vielleicht ein paar Waffen, wenn dies nicht von anderer Seite verhindert wird – aber ich meine, wir werden alleingesessen und niemand wird uns wirklich helfen.» – «Seit wann sind Sie in der Schweiz, haben sie noch Verwandte und

Freunde in Kosovo? – «Seit sieben Jahren. Wir haben enge Kontakte mit unserer Heimat und ein Teil meiner Familie lebt dort.» – «Versuchen Sie angesichts ihrer schlimmen Prognosen noch Angehörige aus Ihrer Heimat in der Schweiz oder sonstwo in Sicherheit zu bringen, bevor der Krieg losgeht?» – «Nein – ich werde selber nach meiner Ausbildung zur Krankenschwester dorthin zurückkehren. Die werden mich dort brauchen – so oder so.» – Ende der Lektion – «schweigende Ergriffenheit», nicht nur beim Lehrer.

Und wer ist mein Nächster? Das Gleichnis vom barmherzigen Samariter gibt Antwort auf diese Frage. Es war der landesfremde Samariter, der sich als «Nächster» erwies und bewährte. Das christliche Europa bleibt trotz seinen Hilfsaktionen und -angeboten und trotz einigen verbalen und wenig differenzierten Protesten angesichts der muslimischen Gewaltpfifer beschämend passiv. Wir eilen vorüber. Die Muslime in Bosnien und in Kosovo sind auf die Nächstenliebe ihrer eigenen Samariter angewiesen, aber es gibt sie.

Robert Nef

DAS WASSER KANN AUFATMEN.

ECONA VON ELCO:

Kuverts und Schreibblöcke aus Papier, das aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt wird und das ohne optische Aufheller auskommt.

ELCO

ELCO PAPIER AG
Baslerstrasse 276
CH-4123 Allschwil
Telefon 061 485 64 64
Fax 061 485 63 90

